

Hierarchie gleichzeitig zwingt, im Ausland die ungestörte Religionsausübung und die ungetrübte Gewissensfreiheit im Sowjetland zu bezeugen.

Die Handhabung der Gewissensfreiheit im Sowjetland sieht in Wahrheit so aus, wie der Erste Sekretär des ZK des Komsomol in einer Rede am 16. April 1962 zynisch schilderte, um die „konkrete und zielgerichtete Arbeit mit den Gläubigen“ zu veranschaulichen: „Im moldauischen Dorf Nikolaevka existierte seit über 150 Jahren ein Nonnenkloster. Man hatte sich daran gewöhnt. Aber die Kirchenleute schliefen nicht, und ins Kloster kamen

junge Mädchen. Diese muffige Welt mußte zerschlagen werden (!). Komsomolzinnen und junge Kolchosbäuerinnen begannen lange Gespräche mit den Einsiedlerinnen, brachten ihnen Zeitungen und Bücher. Es wurden auch solche Maßnahmen ergriffen wie die Radioifizierung der Umgebung. Willst du oder willst du nicht, du mußt doch die letzten Nachrichten, Berichte über das Leben der Jugend und Konzerte hören. Die Sache endete damit, daß die Nonnen an den Dorfrat einen Brief mit der Bitte sandten, das Kloster zu schließen und sie in den Kolchos aufzunehmen“ (vgl. „Pravda“, 17. 4. 62).

## Die Kirche in den Ländern

### Kirche und Staat in Kenia

Am 12. Dezember 1963 wurde Kenia unabhängig. Der ostafrikanische Staat war der fünfte, der innerhalb der letzten drei Jahre aus dem Verbands des ehemaligen Britischen Ostafrika in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Bereits am 25. September 1963 hatte in London die Abschlußkonferenz über die neue Verfassung von Kenia stattgefunden. Während der Monate Juli, August und September waren zu diesem Zwecke in Nairobi, der Hauptstadt des Landes, vorbereitende Gespräche für die neue Konstitution geführt worden. Zwei Umstände hatten die Verhandlungen der englischen Regierung mit den afrikanischen Führern bis dahin bestimmt: Einmal — in bezug auf das Datum der Unabhängigkeit — den Zusammenschluß zwischen Kenia, Uganda und Tanganjika zu einer Ostafrikanischen Föderation sobald als möglich Wirklichkeit werden zu lassen; zum anderen — in Hinblick auf die neue Verfassung — den Wünschen der verschiedenen Parteigruppen in Kenia (afrikanische Regierung und Opposition sowie weiße Bevölkerung) entgegenzukommen. Die Verhandlungen zeigten jedoch, daß Kenia seine besonderen Konfliktherde hat und daß es schwerlich gelingen würde, die vorhandenen Spannungsfelder bis zum Unabhängigkeitstag zu beseitigen.

Trotz z. T. heftiger Auseinandersetzungen mit den Somalis im Nordosten des Landes wie auch mit der politischen Oppositionspartei des Landes, der KADU, die noch am 9. Oktober bekanntgab, sie sei entschlossen, eine unabhängige Republik mit der Hauptstadt Nakuru auszurufen — eine Drohung, die bis jetzt nicht verwirklicht wurde —, konnte am 12. Dezember das Fest der Unabhängigkeit gefeiert werden.

Keine zwei Monate später, am 24. Januar 1964, mußte die neue Regierung den alten Kolonialherrn um militärischen Schutz ersuchen, als ein Bataillon der „Kenya Rifles“ in Makeru und Füsiliere in der Nähe von Lanet meuterten. So unbedeutend der Anlaß als solcher war — die britischen Einheiten hatten nach kurzem Feuergefecht das Heft fest in der Hand —, so stand er doch nach Ansicht aller Kenner der Lage, einschließlich der Regierung in Nairobi, in unmittelbarem Zusammenhang mit den Meutereien einheimischer Truppenverbände in Daressalam und Tabora (Tanganjika) und in Jinia (Uganda), die ihrerseits wieder als eine Kettenreaktion auf den Handstreich der Revolutionsregierung auf Sansibar am 11. Januar angesehen wird. (Er führte bekanntlich zur Vertreibung des Sultans und zur Errichtung eines kommunistisch orientierten Regimes à la Kuba.)

So scheint das Ziel einer unabhängigen Ostafrikanischen Union zunächst in weite Ferne gerückt zu sein. Jede der drei Regierungen von Kenia, Tanganjika und Uganda hat für die nächste Zeit genug damit zu tun, die größten Unruhefaktoren im eigenen Hause zu beseitigen, wobei sie immer mit einer Nadelstichpolitik von außen (dem Brückenkopf Sansibar) wird rechnen müssen. Solange sie freilich unter dem Schutz britischer Bajonette steht — ein Zustand, der ihrer Reputation sowohl innen- wie außenpolitisch alles andere als günstig ist —, dürfte es zu keinem offenen Zusammenbruch der derzeitigen Regierungen kommen. Was unter der Oberfläche sich abspielt, kann freilich niemand mit Sicherheit sagen. Das eine dürfte indes gewiß sein: Von Ordnung und Frieden ist das ehemalige Britisch-Ostafrika noch weit entfernt. (Die folgenden Ausführungen wurden vor den Januarereignissen geschrieben. Sie beschränken sich in ihrem politischen Teil auf eine Skizzierung der innenpolitischen Situation des Landes Kenia. Sie lassen erkennen, welche Angriffspunkte das Land für Subversionsversuche bietet.)

#### *Die Bevölkerung und ihre politische Struktur*

Durch die British East African Company wurde 1887 die englische Herrschaft über die Küste Kenias begründet. Die englische Krone übernahm sie 1895 und schloß mit dem Sultan von Sansibar einen Vertrag: der Küstenstreifen, 275 km lang und 16 km breit, der dem Sultanat unterstand und in dem viele Araber sich niedergelassen hatten, wurde England gegen Zahlung einer jährlichen Mietsumme anvertraut. — Von der Küste aus drang man ins Innere des Landes vor. 1920 wurden die Grenzen festgelegt und erhielt dieser Teil von Britisch-Ostafrika den Namen Kenia.

Kenia hat eine Oberfläche von 582 640 qkm. Die Einwohnerzahl beläuft sich nach dem jüngsten Zensus (1963) auf 8 676 000, die jährliche Zuwachsrate beträgt 4 Prozent. Davon sind etwas 200 000 Asiaten (Inder und Pakistani), 6000 Europäer und 35 000 Araber.

Die afrikanische Bevölkerung stellt, wie überall in Afrika, keine Einheit dar. Gerade in Kenia sind die Stammesgegensätze sehr stark entwickelt, sie werden auch von manchen Politikern gefördert und taktisch ausgespielt. Sogar die Führer des Landes, Jomo Kenyatta und Tom Mboya, die den Tribalismus als die größte Gefahr für den jungen Staat betrachten und heftig dagegen ankämpfen, werden durch ihn immer wieder in die Sackgasse der Stammesfehden gedrängt.

Schon eine grobe ethnologische Karte Kenias weist über 50 Stämme auf, abgesehen von einem weiteren Dutzend

somaliverwandter Stämme im Nordosten. Während man im März 1963 mit dem Sultan von Sansibar ein Abkommen schloß, demzufolge — freilich unter der Bedingung, daß die Religion und die Rechte der Minderheit gewährleistet würden — der Küstenstreifen in das unabhängige Kenia aufgenommen wurde, konnte in der Somalifrage noch keine befriedigende Lösung gefunden werden. Die Somali-Bevölkerung will sich aus Furcht vor den Kikuyu nicht Kenia eingliedern lassen. Andererseits fühlen sich die Somalis im Nordosten des Landes noch unzureichend organisiert, um sich eventuell im unabhängigen Somalia als Gruppe behaupten zu können. Sie bevorzugen deshalb die Verlängerung des britischen Protektoratsstatus, bis sie mit Somalia ein föderatives Verhältnis eingehen können. Man hat jetzt aus dem betreffenden Gebiet, das über 100 000 qkm groß ist und etwa 100 000 Einwohner zählt, eine siebte Region geschaffen und die Entscheidung über seinen künftigen Status hinausgeschoben. Eine eigene „Northern Province Peoples' Progressive Party“ vertritt die Forderungen der Somalis. Von allen Stämmen Kenias ist der der Kikuyu der bekannteste. Er verdankt das der Tatsache, daß er nicht nur zahlenmäßig der größte ist (etwa 1,6 Millionen), sondern auch am meisten von der Agrarpolitik im „Weißen Hochland“ betroffen wird. Etwa 5000 Europäer, die mit ihren Familien eine Gruppe von 20 000 Menschen bilden, von denen die Mehrzahl dort geboren wurde, besitzen 3 Millionen Hektar fruchtbaren Boden. Der Großteil davon ist mit Kaffee und Sisal bepflanzt, 1,1 Millionen Hektar werden für gemischte Landwirtschaft genutzt. Im Juli 1962 beschloß die britische Regierung, hiervon 400 000 Hektar aufzukaufen zwecks Neubesiedlung durch Afrikaner. Jedoch geht der Prozeß nur langsam voran, weil es den Afrikanern an Betriebskapital fehlt. Die afrikanischen Führer haben in letzter Zeit die Ansprüche auf das Land und die Forderung, daß die Europäer es verlassen sollten, etwas gemäßigt. Das ist nur vernünftig, erstens weil den Siedlern gewisse Bodenrechte nicht abgesprochen werden können, zweitens weil die Wirtschaft Kenias zum großen Teil vom Ertrag dieser europäischen Betriebe abhängt.

Der Stamm der Luo wohnt im Westen des Landes am Ufer des Viktoriasees. Er hat sich mit den Kikuyu politisch in der Kenya African National Union (KANU) verbunden. Der Generalsekretär der KANU, Tom Mboya, ist ein Luo. Er hat sich bei den Wahlen im Mai 1963 eindeutig hinter Kenyatta gestellt und genießt jetzt mit ihm die Früchte des Sieges. Denn die KANU erhielt eine bedeutende Mehrheit (zwei Drittel aller Stimmen). Man darf es als ein Zeichen politischer Taktik, aber auch politischer Reife ansehen, daß Kenyatta neben vier Kikuyu auch vier Luo und fünf anderen Stämmen Angehörige sowie einen Europäer als Minister in das Kabinett aufgenommen hat. Der Vizepräsident der KANU, Oginga Odinga, der wegen seiner Kommunistenfreundlichkeit bekannt ist, erhielt das Innenministerium, Tom Mboya wurde Minister für Justiz und Verfassungsfragen, Kenyatta selbst übernahm die Geschäftsführung des Außenministeriums, der Verteidigung und der Polizei, die England sonst erst bei der Unabhängigkeitserklärung zu übergeben pflegt. Tom Mboya, ein praktizierender Katholik, ist Gewerkschaftsführer. Er hat den 1961 in Casablanca errichteten All African Trade Union Congress (AATUC), der links orientiert war, abgelehnt und ein Jahr später die African Trade Union Confederation (ATUC) mitgegründet, welche mit

dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) verbunden ist.

Der KANU gegenüber steht die Kenya African Democratic Union (KADU) unter Führung von Ronald Ngala. Diese Partei setzt sich aus kleineren Stämmen zusammen. Sie fürchtet die Herrschaft der KANU (Kikuyu und Luo) und hat immer eine föderale Politik angestrebt mit größerer regionaler Autonomie. Nach den ersten Wahlen im Februar 1961 erklärte sie sich bereit, bei der Regierungsbildung mitzuwirken. Die KANU beharrte damals auf ihrer Forderung: zuerst Entlassung Kenyattas aus der Haft. Dieser wurde am 15. August 1961 freigelassen. Es ist der KADU nicht gelungen, ihren Anhang zu vergrößern; auch ihr Zusammengehen mit der African Peoples' Party, die sich unter Paul Ngei November 1962 von der KANU trennte, hat ihr keinen Vorteil gebracht.

#### *Jomo Kenyatta*

Ungeachtet der tiefeingewurzelten Stammesgegensätze, scheint eine nationale Einheit unter der kräftigen Führung einer Zentralregierung und mit dem „Mzee“ („Alter Vati Kenyatta“) an der Spitze die Einheimischen mehr anzusprechen. Bereits hat Kenyatta angekündigt, daß die neue Verfassung vom April 1962 — die ihm noch zu stark vom Geist der KADU mitgeprägt ist — seinen Vorstellungen entsprechend geändert werden soll.

So ist jetzt der Mann, der als Mau-Mau-Führer 1952 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt und anschließend interniert wurde, mit der höchsten Macht im Lande bekleidet. Die ersten Mau-Mau-Umtriebe datieren vom Jahre 1948. Die Unterdrückung des Aufstandes, der etwa 10 000 Menschen das Leben gekostet hat, dauerte vier Jahre (1952 bis 1956). Erst 1960 wurde der Ausnahmezustand aufgehoben. Eine illegale Freiheitsarmee versuchte 1962 die Bewegung neu zu beleben, fand jedoch keine Unterstützung bei den verantwortlichen politischen Führern, die den Frieden benötigten, um die Unabhängigkeit des Landes vorzubereiten. Die Mau-Mau gehöre der Vergangenheit an, und die Europäer haben von der KANU weniger zu fürchten als von der KADU, hat Kenyatta nach dem „Journal de Genève“ (11. 12. 61) erklärt (vgl. auch „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 27. 8. 63). Der Auszug der Europäer, von denen viele nach Südafrika ausgewanderten, woher sie auch zum Teil gekommen waren, hat in letzter Zeit nachgelassen; dennoch ist die Zukunft der weißen Siedler in Kenia noch immer ungewiß.

Die Bildung einer Ostafrikanischen Föderation ist einer der Gründe, weshalb man das Unabhängigkeitsdatum so früh angesetzt hatte (vgl. dazu David H. Johns: „Einiigungsbestrebungen in Ostafrika“, in: Europa-Archiv, 10. 9. 63, S. 633—640). Es war nämlich für die beiden Partner Tanganjika und Uganda, die schon zwei bzw. ein Jahr unabhängig sind, unmöglich, mit einem abhängigen Kenia zu verhandeln. Im Juli 1961 hatte man die East African Common Services Organization gegründet, welche über eine zentrale gesetzgebende Kammer verfügt, in der zwölf Minister sowie 27 Mitglieder aus den drei beteiligten Ländern Sitz und Stimme haben. Sie befaßt sich mit Luftverkehr, Zoll, gemeinsamen Untersuchungsprojekten, Hochschulen, Telegraf, Telefon, Rundfunk, Eisenbahnen, Häfen, Schifffahrt; sie projiziert und subventioniert aus einer gemeinsamen Kasse. Die Vorbedingungen für eine Föderation sind an und für sich günstig, da man gemeinsame Sprachen (Kisuheli und Englisch) spricht und bereits einen gemeinsamen Markt besitzt.

Auch kann die ansässige europäische Bevölkerung (80 000) einen bedeutsamen Beitrag liefern, indem sie hilft, die beträchtlichen Lücken im Personalbestand (Beamte und Experten) zu füllen.

Kenyatta hat weiter erklärt, er bevorzuge es, Kenia und die Föderation mit der Hilfe westlicher Länder zu entwickeln, „solange diese unser Vertrauen zu bewahren wissen“. China und Rußland besitzen beide Missionen in Kenia, und damit ist auch der Kommunismus im Lande tätig. Sein direkter politischer Einfluß ist bisher gering. Kenyatta kennt den Kommunismus. Als Student der Völkerkunde hat er bei Malinowski in London promoviert. Unter dessen Leitung schrieb er sein Buch „Facing Mount Kenya“ über das Leben der Kikuyu, deren Urvater vom Himmel auf den Berg Kenia herabstieg und der für die Kikuyu der erste Mensch ist. Die Freiheit der Kikuyu wurde durch die englische Kolonialverwaltung vernichtet, aber Jomo, der Brennende Speer, wie Kenyatta sich damals nannte, verheißt seinem Volke einen neuen Aufstieg. Er verbrachte auch zwei Jahre an der Universität Moskau, und der Aufenthalt dürfte sein Denken zweifellos beeinflusst haben, jedoch mehr in antiwestlichem als in kommunistischem Sinne. Der kommunistischen Ideologie hörig ist sein Innenminister Oginga Odinga. Dieser hat öffentlich zugegeben, daß er in anderthalb Jahren 100 000 Pfund zur Unterstützung kommunistischer Aktionen erhalten hat („Daily Telegraph“, 27. 6. 62). Er hat sie besonders zur Agitation unter den Plantagenarbeitern verwendet. Sein Geburtsort Kisumu wird Rußlands „wohl kleinster Satellit“ genannt. Er gibt dort eine Zeitung heraus und finanziert eine offiziell nicht anerkannte Schule für „Politische Wissenschaften“. — Eine Gruppe der Gesetzgebenden Versammlung hat Sowjetrußland besucht und Stipendien für 300 Studenten erhalten. Die Studenten wurden von den Russen ohne Entgelt hinübergeflogen. Demgegenüber haben die Vereinigten Staaten in Nairobi ein Büro eröffnet, um die Zahl der Keniastudenten in den USA, die damals schon 800 betrug, zu erhöhen.

### *Die Kirche in Kenia*

Von Sansibar aus stießen in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die ersten katholischen Missionare ins Innere Ostafrikas vor. Es waren die Väter vom Heiligen Geist, bald darauf folgten ihnen Weiße Väter. Die Mission in Kenia begann 1892. Bis tief ins 20. Jahrhundert hinein gehörte sie zum Apostolischen Vikariat Sansibar. 1930 wurde die Apostolische Delegatur für Ost- und Westafrika in Mombasa gegründet, 1953 wurde die Hierarchie errichtet. Heute zählt Kenia sieben Suffraganbistümer und eine Apostolische Präfektur unter der Erzdiözese Nairobi. Mit der Errichtung der Apostolischen Präfektur 1959, jetzt Bistum Ngong, hat auch unter den Massai, die als Viehzüchter südlich von Nairobi leben, die Missionsarbeit angefangen.

Kenia zählt ungefähr 600 000 Mohammedaner (an der Küste und in der nördlichen Grenzprovinz), 200 000 Hindus, 6,5 Millionen Afrikaner autochthoner Religionen und 400 000 protestantische Christen. 1961 betrug die Zahl der Katholiken 914 715; dazu kamen 184 018 Taufschüler, das sind insgesamt etwa 12,5 Prozent der Bevölkerung. Über ein Drittel davon entfallen auf das Bistum Kisumu im Westen des Landes, wo über 20 Prozent der Luobevölkerung katholisch sind. Dort kommen auf einen Priester je 2600 Katholiken, im Bistum Kisii, das von

Kisumu abgetrennt wurde, ist das Verhältnis 1 : 4000, in Nyeri (zentrales Hochland) 1 : 2000 und in den übrigen Diözesen etwa 1 : 1000. 1961 waren 455 Priester, 132 Brüder und 790 Schwestern in Kenia tätig. 2628 Lehrer und Katechisten standen ihnen zur Seite. Nur etwa 30 Priester waren einheimisch. 1956 wurde der erste, 1961 der zweite Kenier zum Bischof geweiht: Maurice Otunga, zur Zeit Bischof von Kisii, und C. Gatimo, Weihbischof von Nyeri. Am 7. März 1963 wurde das regionale Priesterseminar unweit Nairobi eröffnet. Es zählt 20 Studenten. Insgesamt hat Kenia 62 Philosophie- und Theologiestudenten in Vorbereitung auf das Priestertum, von denen 27 dem Bistum Nyeri, d. h. dem Kikuyustamm, angehören.

Der übernationale und überraschende Charakter der Kirche zeigte sich sehr eindrucksvoll in der Kundgebung vom 31. Dezember 1961, als Kardinal Rugambwa, Bischof von Bukoba, in der Kathedrale von Nairobi den beiden neuernannten Apostolischen Delegaten von Ostafrika und Madagaskar, Guido del Mestri und Felice Pirozzi, die Bischofsweihe erteilte. Die einheimischen Bischöfe von Wau (Sudan) und von Dedza (Njassaland) assistierten ihm; der Erzbischof von Nairobi, der Irländer John J. McCarthy, hielt die Predigt, und der Gesang wurde ausgeführt von einem Chor von 100 Afrikanern, Indern und Europäern. Eine solche Feier, wie auch die Bestrebungen der Kirche, den Völkern in ihrer geistigen und nationalen Entwicklung zur Seite zu stehen, dürfte viele Mißverständnisse aus dem Wege schaffen.

Der Volks- und Mittelschulunterricht für Afrikaner ist in Kenia fast ausschließlich den Kirchen anvertraut. 1956 wurden von 390 000 Primar- und 54 000 Sekundarschülern 200 000 in katholischen Schulen unterrichtet. Erst seit kurzem entwickelt sich der Unterricht an den höheren Schulen für Jungen wie auch für die einheimischen Mädchen in befriedigender Weise. 1961 bestanden in Kenia 39 Mittelschulen, von denen 19 katholisch waren, jedoch führen nicht alle diese Schulen bis zur Schwelle der Universität. Das Makarere-Kolleg in Uganda hat auch Kenia gute Dienste geleistet: 1956 studierten dort 195 autochthone Kenier (Kikuyu, Luo). Zur gleichen Zeit aber waren von 1000 Kenierstudenten im Ausland (England, Indien und Pakistan) nur 110 autochthone. Wie bereits gesagt, wurde diese Zahl in den letzten Jahren bedeutend vergrößert. Es ist der Mission jedoch nicht gelungen, genügend Stipendien für das Studium an katholischen Universitäten zu erhalten. 1960 waren nur 8 Prozent der Kenierstudenten in katholischen Anstalten der USA eingetragen. Man bemüht sich, diesen Rückstand aufzuholen. Seit 1956 besitzt Nairobi selbst ein Royal Technical College, wo Kurse in technischen und anderen Wissenschaften geboten werden.

Man erinnert sich, daß 1929 die Kikuyu ihre Kinder nicht mehr in die Schulen der protestantischen Mission schickten, weil diese sich weigerten, beschnittene Mädchen aufzunehmen. Die Kikuyu errichteten damals ihre eigenen Schulen, die nach dem Kriege 60 000 Schüler zählten und als Brutstätten der Mau-Mau-Bewegung geschlossen wurden. Man sang da religiöse Lieder, in denen der Name Christus durch den Kenyattas ersetzt wurde. Max David meint, daß die asiatischen Bevölkerungsgruppen durch ihre Mythen, Riten und Sekten den magischen Aberglauben der Kikuyu gefördert haben und so indirekt am Aufstand mitschuldig wurden („Corriere della Sera“, 13. 12. 62). Der offizielle britische Bericht über den Aufstand, der 1960 veröffentlicht wurde und nach dem Leiter der Unter-

suchungen das Corfield Blue Book genannt wird, bestätigt ausdrücklich, „daß es ohne die Hilfe der Mission und den Mut der europäischen Siedler unmöglich gewesen wäre, den Widerstand gegen die Mau-Mau unter den Kikuyu selber zu organisieren. Ohne einen grundsätzlichen Glauben, der die Finsternis der Zauberei ersetzen kann, gibt es für diesen afrikanischen Staat keine Zukunft. Deshalb haben die Missionen durch ihr Unterrichtswesen eine überaus wichtige Aufgabe zu erfüllen“ (NCWC News Service, 6. 6. 60). Die Entwicklung der Mission, besonders in Nyeri, ist deshalb um so erfreulicher. Von 84 200 Katholiken im Jahre 1956 stieg die Zahl der Gläubigen in diesem Bistum auf 161 500 im Jahre 1961. Leider entsprach die Zunahme der Priesterzahlen (im gleichen Zeitraum von 66 auf 84) sowie der Brüder und Schwestern nicht dieser Entwicklung. Inzwischen ist es fraglich geworden, ob die nationale Regierung den Missionsschulen die gleiche Bedeutung beimessen wird wie der Corfield-Bericht. Als Tom Mboya 1961 die mohammedanische Bevölkerung warnte, sagte er: „Sektionalismus, sowohl religiöser wie tribalistischer oder rassischer, liegt nicht im Interesse Kenias“ („Problèmes Africaines“, 2. 11. 61). Und A. L. Adu, der Generalsekretär der East African Common Services Organization, sagte in einer Versammlung des Erziehungsausschusses der Christlichen Kirchen zu Nairobi im Juli 1963: „Die christlichen Schulen sind zu loben, jedoch sollen die Kirchen ihre erzieherische Aufgabe einmal neu durchdenken.“ Er glaubt, daß die Erziehung auf allen Ebenen in die Verantwortlichkeit des Staates gehöre. Wenn

auch afrikanische Regierungen sich heute noch auf die Mitarbeit der Kirchen stützen und die meisten Erziehungsanstalten von ihnen leiten lassen und wenn es auch notwendig sei, daß die Kirchen wenigstens einige Schulen besitzen, gleichsam als Musteranstalten für Qualitätsunterricht und Zweckmäßigkeit, so sollen sie doch nicht, wie er es in Westafrika gesehen habe, ihren Erfolg an der Zahl der von ihnen unterhaltenen Anstalten messen, sondern vielmehr an ihrer Verkündigung, die sich an alle Ungläubigen zu wenden habe.

Wenn auch diese Äußerung nicht missionsfeindlich interpretiert werden sollte, so dürfte es für die Kirche doch nützlich sein, im Hinblick auf die nächste Zukunft ihre Aufgaben noch klarer zu erkennen und sich besonders jenen Problemen zuzuwenden, die mit der geistigen, sozialen und politischen Emanzipation des Landes zwangsläufig verbunden sind und die einer angepassten Hilfe bedürfen; darunter fallen Aufgaben wie die Ausbildung von Personal in den unteren und mittleren Schichten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und in der Beamten-schaft. Als am 6. Juli 1963 in Nairobi die Jahrhundertfeier der Väter vom Heiligen Geist in Ostafrika begangen und die neue Kathedrale eingeweiht wurde, ließen der Gouverneur und die Regierung sich offiziell vertreten. 15 000 Gläubige nahmen an den Gottesdiensten teil, und der Erzbischof wünschte dem Volk ein dreifaches „Uhuru“ (Freiheit), nämlich Freiheit und Arbeit, Freiheit und Frieden, Freiheit und Gott. Dies bedeutet ein wirtschaftliches, ein soziales und ein religiöses Programm.

## Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil

### Das Zweite Vatikanum nach der Zweiten Session

Die Zweite Sitzungsperiode des Konzils hatte unter großen Erwartungen begonnen, endete aber für viele, auch für manche Konzilsväter, mit einer gewissen Enttäuschung. Man hatte zu Beginn nicht zu Unrecht gehofft, die während der Ersten Session aufgetretenen Mängel könnten behoben werden und die Arbeiten des Konzils rascher voranschreiten. Manche Vorgänge während der Session haben diese Erwartung jedoch nicht bestätigt. Während der ersten Generalkongregationen schien man zwar unter der Leitung der vom Papst ernannten vier Moderatoren rascher voranzukommen. Die Kommissionen und die Bischofskonferenzen hatten in der Zwischenzeit gute Vorarbeit geleistet. Aber dieser anfängliche Elan schien bald nachzulassen. Die Einzelstellungen der Väter herrschten weiterhin vor. Gemeinsame Voten im Namen nationaler und regionaler Bischofskonferenzen wurden zwar häufiger, aber Standpunkterklärungen einzelner, verbunden mit vielen unnötigen Wiederholungen, beherrschten weiterhin das Feld. Man hatte sich auch während der Zweiten Session nicht entschließen können, die einzelnen Stellungnahmen bereits in den Bischofskonferenzen abzuklären und dadurch auf Einzelinterventionen zu verzichten. Die Moderatoren wagten der vollkommeneren Freiheit der Meinungsäußerung wegen nicht, vorzeitig den Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen. Und war der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und angenommen, erwies sich immer noch Art. 57 Abs. 6 der verbesserten Geschäftsordnung, nach dem sich die Kardinäle im eigenen wie die

übrigen Konzilsväter im Namen von weiteren fünf Vätern trotz Abschluß der Debatte noch zu Wort melden konnten, als eine Möglichkeit, die Diskussion hinauszuzögern, von der nach den einzelnen Kapiteln eines jeden Schemas reichlich Gebrauch gemacht wurde.

#### *Krisenmomente*

Es waren aber keineswegs nur verfahrenstechnische Fragen, die die Ungeduld und den Mißmut eines Teils der Väter erregten, sondern die Thematik des Konzils betreffende Vorgänge, die die Arbeiten der Zweiten Sitzungsperiode belasteten.

Zu nennen ist an erster Stelle die Auseinandersetzung um das Marienschema. Die Marienfrage schien von vornherein zu einer gewissen Belastung dieses Konzils zu werden, nachdem bereits vor Beginn des Konzils von mehreren hundert Bischöfen die Forderung nach der Definition eines neuen marianischen Dogmas erhoben worden war. Das von der theologischen Vorbereitungskommission ausgearbeitete Schema war zwar nicht auf eine solche Definition hin angelegt, vertrat aber doch eine marianische Frömmigkeit, die von der Nüchternheit, in der die Schrift von der Stellung Mariens spricht, weit entfernt ist. Noch während der Ersten Session hatte Kardinal Ottaviani vorgeschlagen, das mariologische Schema vom Kirchenschema getrennt zu behandeln und noch vor Schluß der Ersten Session zu verabschieden. Das Präsidium hatte aber damals dem Wunsche des Präsidenten der Theologischen